

Geplante Grundgesetzänderungen

Das föderale System ist noch immer nicht rund

> Monika Heinold

Niedrige Zinsen, hohe Steuereinnahmen und ein neu geordneter Länderfinanzausgleich: Die Ausgangslage auf dem Papier ist gut. Doch der Eindruck täuscht. Länder und Kommunen sind nach wie vor häufig nicht in der Lage, Kitas, Schulen, Mobilität und Daseinsvorsorge finanziell so auszustatten, wie es notwendig wäre. Finanzvolumen und Aufgabenfülle passen vielerorts nicht zusammen.

Das macht es schwer bis unmöglich, die wachsenden Herausforderungen zu bewältigen. Die Öffentliche Hand müsste beim Wohnungsbau klotzen, um Wohnen für alle bezahlbar zu machen, bei der Integration von Flüchtlingen noch einen Zahn zulegen, Kita-Gebühren deutlich reduzieren, Schulen sanieren und digitalisieren sowie Ganztagsangebote bedarfsgerecht ausbauen. Hinzu kommt die Sanierung der Verkehrsinfrastruktur, der Sportstätten und Schwimmbäder, der Hochschulen und Krankenhäuser.

Die Antwort des Bundes könnte heißen: Wir schließen Steuerschlupflöcher und sorgen für eine faire und gerechte Besteuerung. Oder sie könnte lauten: Wir schieben Haushaltsmittel vom Bund zu Ländern und Kommunen um. Stattdessen schlägt die Große Koalition einen dritten Weg vor: Grundgesetzänderungen.

Inhaltlich setzt die Große Koalition an den richtigen Stellen an: Investitionsmittel für Schulen, bezahlbaren Wohnraum und Mobilität. Föderal gesehen ist es hingegen eine Kehrtwende. Während 2006 die Entflechtung von Aufgaben zwischen Bund und Ländern vorgenommen wurde, wird nun die Vermischung von Aufgaben und Ausgaben wieder eingeführt. Das Rad wird ein Stück weit zu-

rück gedreht, aus Entflechtung wird Verheddern im Kompetenzdschungel.

Für uns Grüne heißt das, dass wir am Ball bleiben müssen, um eine gute finanzielle Ausstattung von Ländern und Kommunen zu erreichen. Damit diese ihre Herausforderungen zukünftig aus eigener Kraft meistern können. Ohne, dass uns der große Bruder Bund am Gängelband führt. Wir müssen das Steuerrecht neu justieren, hohe Vermögen und Einkommensmillionäre deutlich stärker an der Staatsfinanzierung beteiligen, Steuervermeidungspraktiken eindämmen, europäische Steuerregelungen umsetzen und wirksame internationale Abkommen durchsetzen. Da ist eine ganze Menge zu tun!

Noch sind wir davon meilenweit entfernt. Und auch die Aussicht auf einen neuen Länderfinanzausgleich mit mehr Geld für Länder und Kommunen ist vorerst unrealistisch. Deshalb werden Länder und Kommunen bei einer punktuellen finanziellen Unterstützung des Bundes vermutlich nicht Nein sagen, auch wenn diese mit Grundgesetzänderungen verbunden sind. Sie werden nehmen, was der Bund bereit ist, zu geben. Denn wem wäre geholfen, wenn wir die reine Lehre des Föderalismus über die Notwendigkeit stellen, in Wohnungsbau, Schulbau und Mobilität zu investieren? Deshalb hat die geplante Änderung des Grundgesetzes meine Stimme im Bundesrat.

> Monika Heinold (Grüne) ist Finanzministerin des Landes Schleswig-Holstein.



Foto: Frank Peter